

Die Pariser Vorstädte zeigen: Integration kann man nicht erkaufen. Sie braucht vielmehr Freude am Unterschied und eine Idee des Ganzen

Die französische Angst

10. November 2005, Gerd Held

In diesen Tagen der Gewalt in Frankreich macht ein Argument die Runde. Es ist eigentlich ungeheuerlich. Die Spur der Zerstörung in den Vorstädten sei, so heißt es in vielen Kommentaren, ein Zeichen für die großen Benachteiligungen eines Teils der Jugend. Die Gewalt, die inzwischen auch Schußwaffengebrauch und Totschlag einschließt, wäre demnach eine zwar falsche, aber doch auch irgendwie angemessene Antwort auf ein „soziales Problem“. So werden die brennenden Autos im Handumdrehen zu einem Fanal uneingelöster sozialer Gerechtigkeit. Gewiss, die Methoden der Gewalttäter seien falsch, wird eilig in die Laptops getippt, aber die Motive seien doch irgendwie berechtigt. Es gebe so etwas wie ein höheres Anliegen, das die Schlägertruppe zwar nicht formulieren, aber doch zumindest indirekt zum Ausdruck bringen. So wird die Zerstörungswut zu einer Form des Engagements, zu einer Leistung mit einer moralischen Dimension. Die Anwälte der Verteidigung verlangen von der Justiz, daß sie eine „Unerträglichkeit“ der Zustände und eine besondere „Sensibilität“ der Täter feststellen. Wenn man dem Argument der Sensibilität folgt, dann wären diejenigen Citoyens, die in schlechten Stadtteilen aushalten, die den Kinderspielplatz sauber halten, die einen Laden betreiben oder die für ein Auto sparen, die weniger Sensiblen. Das Argument, das die Untaten „erklären“ will, macht im gleichen Zug die durchaus vorhandene Zivilität zu einem Trott der Abgestumpften.

Nach einem gängigen Vorurteil repräsentieren die Akteure eines Aufruhrs „die Basis“. Demnach müßten die Jugendbanden besonders gut im Viertel verankert sein, jeden Winkel des Terrains bestens kennen, die guten und schlechten Geschichten erzählen können, mit den alltäglichen Arbeiten vertraut sein und auch die notorischen Ausbeuter identifizieren können. Davon kann keine Rede sein. Die Banden sind ziellos. Die Gewalt vagabundiert frei herum. Sie sucht nur das nächste, am leichtesten erreichbare Ziel, und sie findet es in den Autos am Straßenrand und in den öffentlichen Einrichtungen. Diese Gewalt ist billig und infam, gerade auch dort, wo sie bandenmäßig mit Handy und Internet verübt wird. Sie hat nicht einmal einen Hauch von Sensibilität und Engagement. Ihre Signatur ist die Bequemlichkeit, die Rohheit, die Eitelkeit und – warum sollte man das verschweigen? – die totalitäre tabula rasa: die Säuberung durch den Scheiterhaufen. Hier ist ein Terror am Werk, der nichts mit den urbanen Unruhen gemeinsam hat, die im Paris des 19. Jahrhunderts Furore machten. Hier verteidigt sich kein urbanes Milieu gegen Veränderungen, die als fremde Übergriffe empfunden werden. Die Jugendbanden sind weitgehend milieulos. Ihre Identität ist zusammengeborgt und hohl. Sie sind nicht die Verwurzelten, sondern die Bodenlosen. Es ist deshalb völlig irreführend, sie mit den Stadtteilen zu identifizieren, in denen sie auftauchen. Sie sind nicht die Repräsentanten dieser Viertel, sondern in ihnen ebenso fremd wie in der übrigen Stadt. Man mag über die Realitätsferne mancher Politiker klagen, aber sie haben immer noch ungleich mehr Bindung

zum Alltag in einer Großwohnanlage in St. Denis oder Clichy-sur-Bois als die nomadische Willkür der Rollkommandos.

Die Vorstellung, große Ungleichheiten der Lebensbedingungen zwischen verschiedenen Stadtteilen sei ein Integrationshindernis, ist ein antiurbanes Vorteil. Von jeher bestand die Integrationsleistung einer Stadt darin, dass sie in Gestalt ihrer Stadtteile unterschiedliche Niveaus des Zugangs zur Verfügung stellte. Das Paris von 1900 hatte seine proletarischen und bourgeoisen Viertel – vielfach noch überformt durch Zugehörigkeiten zu verschiedenen Provinzherkünften. Es gab Viertel internationaler Migranten, ein jüdisches Viertel und vieles mehr. Darüber hinaus gab es zentrale Gebäude, Märkte, Boulevards, Bahnhöfe, die bei aller sozialer Ungleichheit gemeinsam genutzt wurden. Diese Orte – leitkulturelle Orte könnte man sagen – vermittelten eine Bindung an das Ganze der Stadt und auch der Nation. Durch diese doppelte Konstruktion von Ungleichheit *und* Einheit wurden die Städte zu großen Integrationsmaschinen. Erst durch sie wurden die Arbeitsmärkte größer und ein kleiner Job konnte mehrere Menschen ernähren.

Verzichtet man auf dies urbane System, besetzt die Gleichheit immer mehr Terrain. Integriert fühlt sich dann nur noch derjenige, der von vornherein ein annähernd ähnliches Niveau der Lebensführung bekommt. Unter der Hand verändert die Integration damit ihren Gehalt. Es geht gar nicht mehr um ein gemeinsames Ganzes, in das integriert wird, sondern nur um eine bestimmte Güterausstattung. Die Gleichheit der Ausstattung muss die Teilhabe an gemeinsamen Einrichtungen ersetzen. Der Ehrgeiz für die Teilhabe erlahmt, der Seitenblick auf die Güter des Nachbarn wird missgünstiger. So wird die Integration zum Deal: Der Staat muss die Integration nun erkaufen. Er muss sie sogar ständig neu erkaufen, denn jede neu wahrgenommene Ungleichheit wird zum Anlaß der Desintegration. Es ist ja bemerkenswert, daß die Jugendbanden sich aus einer Folgegeneration rekrutieren, während die eigentliche Immigrationsgeneration durchaus integriert ist.

Auch jetzt wird wieder der Ruf nach mehr Geld laut. Neue Förderkulissen, neue Sozialeinrichtungen, neue Animateure - die Rituale der erkauften Integration werden repetiert. Als ob in den Problemgebieten nichts vorhanden wäre. So weist etwa die Massensiedlung „Quatre Mille“ in La Courneuve bei Paris heute folgende Einrichtungen auf: zwölf Kindergärten und Grundschulen, eine Oberschule, ein Gesundheitszentrum, ein Zentrum für soziale Dienste, ein Büro der Sozialhilfe, ein Einkommensteuerbüro, ein Frauenzentrum und eine Hauptverwaltung des sozialen Wohnungsbaus. Dazu kommen Kultureinrichtungen wie ein Konservatorium, ein Zentrum für Dramaturgie mit großem Saal, ein Jugendzentrum, eine Bibliothek, ein Jugendclub für Sport, ein Computeratelier, ein Klub zur Verbrechensprävention sowie weitere kirchliche und private Initiativen.

Insgesamt gibt es im Land über 1500 urbane Förderzonen und einen jährlichen Förderaufwand von mehr als zehn Mrd. Euro. Und doch steht Frankreich vor einer breiteren Gewaltfront als je zuvor. Dieser Weg der Integration ist erschöpft. Denn auch wenn eine flächendeckende Angleichung der Stadtteile einer ganzen Nation möglich wäre, so würde die eigentliche Integrationsaufgabe damit doch nur überdeckt. Wenn an allen Straßenlaternen und Gebäudeeingängen zu lesen ist „Dies wurde Dir gewährt“, gehört diese Leistung moralisch eben nicht den Geförderten. Diese werden so ihrem eigenen Stadtteil entfremdet. Eigentlich könnten sie in den besonderen Härten ihrer Anfangssituation eine Herausforderung sehen und sich Stück für Stück – vielleicht über mehrere Generationen hin – voranarbeiten. Doch die geförderte Gleichheit raubt ihnen die Würde des eigenen Anfangs und zieht ihnen den Boden realer Integration unter den Füßen weg. Die sozialstaatliche Gleichheit entwurzelt.

Dies ist schon eine längere Geschichte, auch in der Stadtentwicklung. Der soziale Städtebau des 20. Jahrhunderts wollte mehr tun als die klassische Stadt. Um der Ungleichheit der Kernstädte zu entkommen, floh er in die Randlagen. Er brach mit der räumlichen Einheit der Stadt, um die Gleichheit zu verwirklichen. Heute erweist sich diese Aufkündigung der Urbanität als ein Haupthindernis, wenn die Unterschichten ihre eigenen kleinen Zugänge zu Arbeit und Leben suchen. Die wohlmeinende Beseitigung von Benachteiligungen ist zur Integrationsfalle geworden. Das gilt nicht nur für Frankreich, aber hier wurden die sterilen und isolierten Neubauten des Gleichheits-Urbanismus besonders rücksichtslos verwirklicht. Wo der Sozialstaat den Städtebau bestimmen will, zerstört er die Integrität der realen Städte. Während die Normen des Sozialstaats nur für bestimmte Lebenslagen konstruiert sind, muss eine Stadt – besonders die moderne Großstadt - viel weiter angelegt sein und viel mehr soziale Umstände und Gegensätze umfassen.

Doch es geht bei den Problemen in Frankreich nicht nur um eine Vernachlässigung des Städtischen. Kein Bürger hängt an seinem Land nur in dem Maße, wie er seine unmittelbare Umgebung schätzt. Das gilt auch für den Zuwanderer. Beide leben auch in einem größeren Haus. Sie achten auf die Ereignisse und Themen, die das Land insgesamt bewegen. Die Stadt ist nur ein Zugang. Wenn dies größere Haus nicht mehr deutlich sichtbar ist, hilft keine Arbeit an seiner Haustür. Die Unruhen treffen Frankreich in einer Situation, in der es seiner Position unsicher geworden ist. Mit der Ablehnung der EU-Verfassung ist die „europäische Partei“, die bisher einen europäischen Mittelweg mit den Erwartungen einer Mittelstandsgesellschaft zu verbinden wußte, erstmals in der Minderheit geblieben. Auf dieser Mitte ruhten die Institutionen der V. Republik und die Autorität des Präsidialregimes. Der amtierende Präsident hatte sie nochmals gesteigert. Mit seiner Achse nach Berlin und Moskau und mit seinem Anspruch, eine im Innern angeblich drohende „fracture sociale“ (soziale Spaltung) zu beheben, war Jacques Chirac vor kurzem noch so etwas wie die Mutter aller Mitten.

Nun wird hier ein wachsendes Vakuum spürbar. Nicht die Abgehobenheit der Politik ist hier das Problem, wenn sie denn das Land insgesamt durch ein gelungenes „grand projet“ heben würde. Aber wenn sie sich mit Schwäche verbindet, wird es fatal. Das Problem Frankreichs, ein durchaus europäisches Problem, besteht darin, dass eine angemessene, realitätsfeste Mission des Landes nicht erkennbar ist. Der wachsende Antiamerikanismus und die Drohung mit der sozialen Spaltung waren Negativvorlagen. Das Vakuum ist nicht nur in den prekären Stadtteilen zu finden, sondern auch im Land insgesamt. Frankreich ist unsichtbar geworden.

Das ist gewiss eine Übertreibung, aber feststeht, dass die Franzosen nicht nur von der Schwäche ihres Präsidenten irritiert sind, sondern den Eindruck eines tieferen Versagens haben. Noch vor einem Jahr beim Schleierverbot in Schulen hatte das republikanische Prinzip bis in die Klassenzimmer hinein gut funktioniert. Jetzt ist es anders. Auf leisen Sohlen scheint ein Kleinmut ins Land gekommen zu sein. Es ist nicht der gegenwärtige Aufruhr, der diesen Kleinmut erzeugt hat. Die Ahnung eines republikanischen Vakuums war schon da, die Gewalttäter haben dies Vakuum nun auf ihre Weise besetzt. Nun fühlen sie sich stark. „Denkt an den Irak!“ soll an einigen Brandorten geschrien worden sein. Die Rollkommandos spekulieren auf eine französische Angst.

(Manuskript vom 10.11.2005, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 13.11.2005)